

E: 10.06.15 /

11-16/1204

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Stadtverordnetenversammlung Friedberg / Hessen

Fraktionsvorsitzender: Florian Uebelacker,
61169 Friedberg/H, Wilhelm-Leuschner-Str. 24
Tel. +49 (0) 6031 / 4450 - eMail: fue@x3x.de

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Hendrik Hollender
Mainzer-Tor-Anlage 6
61169 Friedberg

02.05.2015,
Überarbeitung 10.6.2015

Sehr geehrter Herr Hollender,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

Betreff: Windkraft auf dem Winterstein / Pachtvertrag / Bürgerbeteiligung

Beschluss

Der Magistrat wird beauftragt kurzfristig Grundstücke für die Errichtung von sechs Windkraftanlagen im Vorranggebiet 7800 in Form von Pacht bzw. Nutzungsvertrag anzubieten und in einem zügigen Verfahren (bis 30. Sept. 2015) zu realisieren. Dies ist durch den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages abzusichern.

Der Magistrat ist beauftragt unverzüglich die Realisierung eines Windparks anzustreben, um dem Zeitdruck, der aus der vorgesehenen Degression EEG/2014 resultiert, zu entsprechen und zusätzliche Risiken eines EEG-Folgegesetzes zu vermeiden.

Auf den Abschluss des Planungsvertrags (entsprechend Drucksache DS 11-16/1059) wird verzichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung bevorzugt eine Lösung, die zu einem späteren Zeitpunkt eine Bürgerbeteiligung am Windpark (finanzielle Beteiligung an Windrädern) ermöglicht.

In der Vorbereitung des städtebaulichen Vertrages ist vor abschließender Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung eine geeignete Bürgerinformation/Bürgerbeteiligung durchzuführen, in der die Planungsabsicht, grob Art und Umfang des Windparks, zu erwartende CO2 Einsparungen (pro genehmigten Windrad), sowie die Art der vorzusehenden Ausgleichsmaßnahmen der Friedberger Bevölkerung aufgezeigt werden sollen.

Begründung

Der fortschreitende Klimawandel und der Ausstieg aus der Kernenergie verpflichtet auch die Stadt Friedberg, ihren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten.

Die effektivste Form von alternativen Energien ist die Windenergie. Der Winterstein ist im Planungsverband Rhein-Main eines der windhöufigsten Gebiete überhaupt.

Die bisherige Vorgehensweise war problematisch hinsichtlich des finanziellen Risikos der Stadt und des deswegen geforderten Nachweises der Wirtschaftlichkeit. Die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts kann in der von §121 HGO geforderten Genauigkeit seriös nur nach Errichtung der Anlagen ermittelt werden. Außerdem wäre eine europaweite Ausschreibung notwendig geworden.

Die jetzt vorgeschlagene alleinige Durchführung des Projekts durch einen Projektentwickler mit möglichst regionalem Bezug vermeidet diese Probleme: Da sich die Stadt oder die Stadtwerke nicht finanziell an dem Projekt beteiligen, muss weder der Nachweis der Wirtschaftlichkeit noch eine europaweite Ausschreibung erfolgen. Die Möglichkeiten der Beantragung von Einzelgenehmigungen (über RP gegenüber DFS) stehen dem Projektentwickler offen.

Falls es sich im Genehmigungsverfahren herausstellt, dass die Anlage insgesamt oder einzelne Windräder aus ökologischen Gründen nicht gebaut werden können, trägt in erster Linie der Projektor das Risiko.

Die Abwägung zwischen den leider notwendigen Baumfällungen für die Anlagen und dem ökologischen und nachhaltigen Nutzen der Windkraftanlagen fällt nach allen seriösen Studien eindeutig zugunsten der Windkraftanlagen aus. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass auch dieser Punkt bei der Abwägung der Interessen untersucht wird.

Der Ökoadausgleich und die gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen sollten nach Möglichkeit in der Nähe der zu errichtenden Anlagen durchgeführt werden.

Durch die vorgeschlagene Verfahrensweise sind die vier Punkte aus DS 11-16/1059 für die Stadt Friedberg erledigt.

Vor dem Hintergrund der sich ab 2017 erheblich verschlechternden Rahmenbedingungen ist es notwendig, in diesem Jahr mit dem Projekt zu beginnen. Die Absicht, die Anlagen zu einem späteren Zeitpunkt zu errichten kommt einer Ablehnung des Projekts gleich.

Das Verfahren kann in Form eines „kleinen Interessenbekundungsverfahrens“ (Markterhebung) durchgeführt werden, da eine Pachtlösung anzustreben ist.

Johannes Contag
(Antragssteller)



Florian Uebelacker
(Fraktionsvorsitzender)